

Alten Zopf abschneiden

«Regierungsrat will die Polizeistunde im Kanton Zug beibehalten»,
Ausgabe vom 24. Oktober

Gemäss dem aktuellen Gastgewerbesgesetz dürfen Gastronomiebetriebe im Kanton Zug grundsätzlich nur von 5 Uhr morgens bis 24 Uhr nachts geöffnet sein. Danach gilt die Polizeistunde.

Mit einer Motion möchten drei Kantonsräte der CVP-Fraktion im Namen der Jungen CVP diese Polizeistunde im Kanton Zug abschaffen. Durch die Abschaffung dieser Polizeistunde sollen die Öffnungszeiten von Bars und Restaurants in der Eigenverantwortung der Betriebe liegen. Somit könnte jeder Betrieb je nach Betriebstyp, Standort und den eigenen Bedürfnissen, seine Öffnungszeiten, ohne das Einholen einer speziellen Bewilligung, selbst bestimmen. Natürlich ist diese Liberalisierung der Öffnungszeiten kein Freipass für Nachtschwärmer. Denn es gelten weiterhin die Bestimmungen unter anderem zur Nachtruhestörung. Zudem hat die Erfahrung in Uri und Schwyz bereits gezeigt, dass eine Abschaffung der Polizeistunde nicht zu vermehrten Nachtruhestörungen geführt hat. Das Gegenteil war sogar der Fall! Leider hat sich bisher der Regierungsrat gegen diese Liberalisierung ausgesprochen. Bleibt somit zu hoffen, dass sich auch die FDP und die SVP im Kantonsrat für die Liberalisierung im Gastgewerbe aussprechen werden, da schliesslich auch die JFZ und die JSVP für eine Liberalisierung sind!

Janine Bühlmann,
Vorstand JCVP Zug, Baar

Lesermeinungen zur Kriegsgeschäfteinitiative

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 29. November

Stellen Sie sich vor, eine Ärztin des Roten Kreuzes muss eine Person in Syrien oder im Jemen verarzten, die von einer Bombe zerfetzt wurde, die von der Schweiz aus finanziert worden ist. Genau das passiert: Die Schweiz investiert in den US-Konzern Raytheon, dessen Präzisionsbomben im völkerrechtswidrigen Jemen-Krieg von Saudi Arabien eingesetzt werden. Der Krieg fordert Tausende zivile Opfer und trotzdem investierte unsere Schweizer Nationalbank Ende 2019 ganze 206 Millionen Dollar in Raytheon. Neutralität ist viel mehr als nur keine direkte Einmischung in bewaffnete Konflikte, sie ist ein Versprechen. Ein Versprechen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Mensch und

Umwelt, Solidarität und konsequentes Engagement für eine sichere, friedliche Welt. Darum Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative.

Julia Küng, Co-Präsidentin
Junge Grüne Schweiz, Zug

Die Schweiz ist weltweit als neutrales Land mit humanitärer, friedlicher Tradition bekannt. Gleichzeitig hat die Schweizerische Nationalbank 2018 1,3 Milliarden US-Dollar in Firmen investiert, die Atomwaffen herstellen. Ist das wirklich vereinbar mit unseren Werten? Solche Investitionen schaden der Neutralität der Schweiz, denn wer in Kriegswaffen investiert, vertritt die Interessen jener Kriegsparteien, die diese einsetzen. Es heisst zwar: «Geld stinkt nicht», doch aktuell tötet das

Geld, das durch Schweizer Banken in Waffen investiert wird. Deswegen empfehle ich ein Ja zur Kriegsgeschäfteinitiative, damit kein Schweizer Geld Kriegsmaterial finanziert.

Amélie Krause, Baar

Die «Kriegsmaterialinitiative» der GSoA verlangt, dass die Nationalbank und alle Vorsorgeeinrichtungen keine Beteiligungen an Firmen halten dürfen, die mehr als 5 Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen.

Es ist davon auszugehen, dass unsere Nationalbank und die Vorsorgeeinrichtungen, wenn überhaupt, dann Beteiligungen an Rüstungsfirmen in der Schweiz und in anderen westlichen Demokratien halten. Genau diese westlichen

Länder, auch wir, sind zu ihrer eigenen Landesverteidigung auf Lieferanten von Rüstungsmaterial angewiesen. Die Volksinitiative zielt also direkt auf die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz und Europas. Die GSoA («Gruppe für eine Schweiz ohne Armee») macht damit ihrem Namen alle Ehre.

Die Initiative ist somit nicht nur wirtschaftlich und sicherheitspolitisch verfehlt, sondern auch moralisch äusserst zweifelhaft. Sie verdient deshalb an der Abstimmung vom 29. November ein klares Nein.

Jochen Wild, Zug

Die Gruppe Schweiz ohne Armee lässt nicht locker, die Schweizer Armee zu schwächen. Da es auf dem direkten Weg mit dem Referendum zum neuen Kampfflugzeug nicht

geklappt hat, versucht sie es nun auf indirektem Wege durch eine weitere Initiative. Mit dieser Initiative, über die das Stimmvolk am 29. November zu befinden hat, würden nicht nur Rüstungsproduzenten getroffen, sondern es würde auch der schweizerischen Wirtschaft grossen Schaden zugefügt. Betroffen sind nämlich nicht nur grosse Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen wie etwa Airbus, Boeing oder RUAG. Das Finanzierungsverbot würde auch für alle Zulieferbetriebe gelten, die nur einzelne Bauteile oder Komponenten fertigen. Damit gefährdet die Initiative viele Schweizer KMU, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und schadet ihnen massiv. Deshalb Nein zu einem Finanzierungsverbot.

Kathi Büttel,
Präsidentin JSVP Zug, Baar

Ägeri hell – und mild



Am Ägerisee blühten am 10. November noch Rosen, wie unser Leser im Bild festgehalten hat. Leserbild: Helmut Frei, Unterägeri

Leserinnen und Leser äussern sich zur Nutzungsänderung des Bebauungsplans in Hagendorn

Zur Abstimmung vom 29. November in der Gemeinde Cham

Als Inhaber einer Autowerkstatt in Cham, bin ich immer wieder verwundert, wie unsensibel und vor allem wie geprägt von eigenen Interessen argumentiert wird. Für Sponsoring, Inserate und Spenden sind die Gewerbetreibenden und Betriebe immer gerne gefragt. So auch die Firma G. Baumgartner AG die immer wieder lokale Vereine bei ihren Veranstaltungen grosszügig unterstützen. Jetzt will die Unternehmung an ihrem seit 1980 gewählten Standort, sich in einem weiteren Schritt fit machen, für die hohen Anforderungen des Marktes und damit über 300 Arbeitsplätze in Cham sichern.

Jetzt versuchen diverse Exponenten, vorwiegend getrieben durch Eigeninteressen, dies mit dubiosen Behauptungen und Aussagen zu verhindern. Dabei wird eisern verschwiegen, dass es sich nur um eine Nutzungsänderung innerhalb des gültigen Bebauungsplans handelt. Es wird auch nicht beachtet, dass das

Projekt in jahrelanger, intensiver Zusammenarbeit mit Planern und Behörden von Bund, Kanton und Gemeinde erarbeitet wurde. Wer sich die Zeit nahm, sich das Projekt an einer der verschiedenen Tage der offenen Tür, oder an den offiziellen Informationsveranstaltungen der Gemeinde vorstellen zu lassen. Wer die Abstimmungsunterlagen studiert, wird sich bestimmt für zweimal Ja entscheiden.

Alessandro Zanuco, Cham

Färbt der Wahlkampf in den USA auch auf die Schweiz im Allgemeinen und Cham im Besonderen ab?

In der Abstimmung zur Änderung des Bebauungsplans Allmend Hagendorn und zur Teiländerung des Zonenplans machen sich die Gegner ganz offensichtlich Trump-Methoden zu eigen: In ihrem Flyer wird die geplante Fabrikation mit einem roten Klotz über-tüncht, was in keiner Art und Weise die Realität spiegelt und irreführend ist. Die Chamerin-

nen und Chamer werden sich nicht von solchen Spielchen verführen lassen. Wir sind ja Gott sei Dank nicht in den USA. In der Abstimmungsbroschüre der Gemeinde ist alles klar dargestellt, auch die sensibel gestaltete Fassade der grünen Fabrik sowie die Empfehlung des Gemeinderates: Zwei Ja.

Tao Gutekunst, Präsident FDP Cham, Hagendorn

Es ist wichtig, beim Bebauungsplan Hagendorn, sich auf die tatsächliche Abstimmungsfrage zu fokussieren. Alles andere ist unverbindliche Dekoration.

Die Chamer Stimmbewölkerung wird aufgerufen, einer Zonenplan-Änderung und einem Bebauungsplan im Bereich von Landwirtschafts- und Naturschutz zonen zuzustimmen. Dadurch entsteht für die Firma Baumgartner ohne eigene Leistung ein finanzieller Mehrwert. Kein Wort steht in der Vorlage, ob und auf welche Weise sich

auch die Gemeinde an diesem beteiligt.

Die Vorlage betont die Wichtigkeit der Firma Baumgartner als Arbeitgeber. Es fehlen allerdings die Zahlen, wie viele Anwohner, welche bekanntlich die Immissionen zu ertragen haben, als Angestellte, Aktionäre und Lehrlinge tatsächlich von der Firma profitieren. Wohl bewahrt sich auch für dieses Industrieareal in der Landwirtschafts- und Naturschutzzone Hagendorn der aktuelle technologische Rückschritt: Pro Hektare Industriegebiet gibt es immer weniger Arbeitsplätze und dafür immer mehr Motorverkehr.

Man mache sich keine Illusionen über den Richtplan: Wie man von vielen andern Zuger Beispielen weiss, ist dieser nach geschlagener Abstimmung völlig unverbindlich. Rechtlich wäre es kein Problem, am Tag nach vollzogener Planänderung die ganze Anlage an einen arabischen Ölscheich oder an einen russischen Finanzoligarchen zu verkaufen. Die Vorlage enthält keinerlei Sicherheit, dass die

Firma auf eine verbindliche Zahl von Jahren in Hagendorn bleibt und die vielerorts genannten 300 Arbeitsplätze während dieser Zeit auch anbietet.

Jürg Röthlisberger, Cham

Wenn man seinen Augen nicht mehr trauen kann, geht's um Politik. Der Flyer gegen die Erweiterung der Fensterfabrik Baumgartner in Hagendorn ist unterzeichnet von: Verein Mehr Wert Cham, Zuger Heimatschutz, pro natura, SP, Alternative und der IG gegen das Projekt. Die Bildwelt zeigt einen fensterlosen Betonklotz, der sich zwischen Himmel und Landschaft schiebt. Der Text beschreibt eine Megafabrik auf Kosten von Mensch (wohl sind damit nicht die 300 Mitarbeitenden gemeint) und Natur (wer sich ein Bild von der wirklichen Situation machen will, muss sich die schönste Fabrik im Kanton Zug am besten selbst mal ansehen). In Angst rennen ein (Chamer)-Bär mit Kinderbär an der Hand

vor rauchenden Lastwagen davon, die aussehen wie die Ungetüme in einer Kiesabbau-mine. Gut gemacht Grafiker! Der Propagandaflyer ist derart überzeichnet, dass ich fast sicher bin, dass die Unterzeichner-Organisationen ihr Nein selbst nicht ernst nehmen können. Zuversichtlich zähle ich darauf, dass es auch die Abstimmenden bemerken und sich nicht von einem illustrierten Trugbild beeindrucken lassen. Ich stimme 2x Ja.

Nic Baschung, Cham

Unsere Spielregeln

Wir freuen uns über Ihre Leserbriefe. Unsere Spielregeln:

Fassen Sie sich kurz, Ihr Text darf nicht mehr als 3500 Zeichen umfassen und gerne auch knapper sein.

Grundsätzlich werden Abonnenten unserer Zeitung bei der Auswahl der Leserbriefe bevorzugt behandelt.